

Saale-Beitung.

Ersteundvierzigster Jahrgang.

Anzeigen

werben die Geschäftsleute...
Sonntags und Montags einmal.

Schiffleitung und Dampf-Geschäfts-
stellen: Halle, Gr. Braubachstraße 17;
Kriegengeschäftshaus, Markt 24.

Bezugspreis
Für Halle vierteljährlich bei postamtlicher
Einsendung 2,50 M., durch die Post
3,25 M., auswärts, Postzusatzgebühren.
Bestellungen werden von allen Reichs-
postämtern angenommen.
Am amtlichen Zeitungs-Bezugsamt
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.
Für unterthanig eingehende Wamtschreiben
wird keine Gewähr übernommen.
Redaktion nur mit Couvertangabe
„Saale-Bl.“ gestattet.
Herausgeber der Geschäftsstelle Nr. 1140:
der „Kriegs- u. Abteilungs“ Nr. 1761; der
Bezugsstelle Nr. 1133.

Nr. 296.

Halle, Freitag, den 27. Juni

1913.

Bestellungen auf die „Saale-Zeitung“
werden unausgesetzt von allen Postanstalten und unseren
Expeditoren angenommen. **Der Verlag.**

Der Lößschbergtunnel.

Zur Eröffnung am 28. Juni 1913.
Am Sonnabend wird der neue Schweizer Tunnel
durch den Lößschberg eröffnet. Ein beteiligter
deutscher Ingenieur schreibt uns dazu aus
Kandersteg, 25. Juni:

Fünf Jahre lang haben 4000 Arbeiter an dem gewaltigen Werk geschuftet! Am 31. März 1911 erfolgte der Durchschlag, der die Südbahn mit der nördlichen zu einem Tunnel verband. 50 Millionen Francs hat dieses Hauptbauelement der Berner Alpenbahn Bern-Lößschberg-Simplon gekostet und leider auch Menschenleben: 25 Arbeiter fielen still unterm Lößschberg; beim Unterbohren des Randerbühlens waren riesige Wasser- und Geröllmassen in den ersten 100 Meter des Tunnels eingebrochen, der infolgedessen auch nicht wie andere Alpen-tunnels gerabligig läuft, sondern im Gasterien in einer Kurve geführt werden mußte. Bei der Bauausführung wurden infolge der ausgezeichneten Organisation durch den Oberingenieur Rothley ungewöhnlich große Leistungen erzieht. Der Sohlstein wurde mittels pneumatischer Bohrmaschinen gehöhlt. Bemerkenswert war auch die neue Verwendung kleiner Handbohrmaschinen beim Vollausbruch. Täglich schritt man auf der Nordseite sieben Meter, auf der Südseite, wo besonders harter, kristallinischer Schiefer zu durchfahren war, fünf Meter, also zusammen zwölf Meter vorwärts. Zur Sicherung und insbesondere zur Trodenlegung des Baues fand ein neues patentiertes Verfahren, die sog. Tunnelrückenbetonierung Anwendung; es wird dadurch das besonders in malkreidreichem Gebirge trotz Asphaltbedeckung auftretende Durchsickern von Wasser durch das Gewölbe unter Ausnutzung des Wärtels aus den Augen vermieden. Das Verfahren besteht darin, daß die Gesamtfläche des Gewölbes gleichmäßig mit Bohrlöchern, die bis durch die Hinterwand zu treffen werden, besetzt wird. Durch diese Löcher wird unter Luftdruck von etwa 10 Atmosphären Zementmörtel gepreßt, der in die feinsten Rissen der Gesteinswandung dringt und rings um das Gewölbe einen undurchlässigen Betonkörper schafft.

Die Technik feiert wieder einmal einen Triumph, der das bisher in der Schweizer Berge-Geschichte nie zuvor an Großartigkeit übertrifft. Vor 70 Jahren tobte der Kampf um die Frage, ob Gotthard oder Lößschberg die Älpler verbinden sollte. Bern unterlag damals. Heute ist

der Vorsprung des mächtigen Konkurrenten eingeholt. Mit der ganzen ersten Schweizer Zügigkeit hat der Kanton Bern unter außerordentlichen Kosten und Opfern diese Bahn erbaut, die unter den großen Alpenbahnen eine eigenartige Stellung erlangen wird. Durch diese Bahn wird nicht nur etwa das Lößschental mit seiner unersäfflichen Erwidrigkeit erschlossen, sondern unbefristetmaßen eine internationale Linie, eine abtänzende europäische Route geschaffen. Die internationale Bedeutung liegt bekanntlich im Zusammenschluß der Bahn, die am Toner See im Berner Oberland beginnt, mit der Simplonlinie, an deren großen Tunnel Brig-Iselle sie direkt hintritt. Durch diese Kombination werden viele Städte der Schweiz, Deutschlands und Frankreichs bedeutend näher an die großen Handelsplätze Stettins, an Mailand, Genua, Turin und Venedig gerückt. Die in Basel einlaufenden Bahnruten rechts und links des Rheins führen auch von Holland und Belgien her den Verkehr diesem neuen Alpenübergang zu. Aber von Bern aus Statten erreichen wir, gewinnend in den Expresszügen drei, in den Personenzügen sogar fünf Stunden, wenn er unterm Lößschberg durchfährt.

Die Lößschbergbahn ist die erste große Tunnelbahn, die nicht nur auf einzelnen Strecken, sondern auf ihrer ganzen Länge elektrisch betrieben wird. Um diese Aufgabe zu lösen, mußte die Industrie ganz neue Triebmittel erfinden und herstellen. Man baute Lokomotiven von einer Stärke, die keine Dampflokomotive Europas besitzt. Das durch internationale Übereinstimmung als Maximum festgesetzte Zuggewicht von 310 Tonnen auf Steigungen von 27% wird von einer einzigen dieser Ueberlokomotiven gezogen, während bei Dampftrieb zwei der stärksten Maschinen für die gleiche Leistung vorgepannt werden müssen. Die gesamte Länge des Tunnels beträgt 14506 Meter. Der Haupttunnel ist doppelsturig angelegt. Er steigt bis 1244 Meter und fällt bis zum Südausgang wieder auf 1219 Meter, er endet bei den Hütten des Bergwerkes Goppenstein im Walliser Lößschental, einem Ende, witten Seitental der Rhone. Außer diesem großen Tunnel kann der Reisende noch 34 kleinere Tunnels zählen. Gewaltige Viadukte, Doppelschienen, Kreuzungen, zwischen Felswänden eingeprengte Brücken und über- und untereinander aufgebaute Mauerbefestigungen, sowie die Laminierstahlschrauben zeigen dem Auge das Bild höchster Technik bei größter Bietat vor der Landschaftsbaukunst. Uebrigens wird jetzt auch der Bruder des Lößschberg-Tunnels, der Simplon ausgebaut, dessen Tunnel II als Lüftungsgang bei dem Bau des Tunnels I diente. Die Generaldirektion der Schweizer Bundesbahn braucht diesen zweiten Tunnel zur regelmäßigen Abminderung des Zugverkehrs, der durch die Lößschbergverbindung einen gewaltigen Aufschwung nehmen wird.

Ganz am Horizont der Zukunft taucht bereits die große französische Konkurrenz, die Durchtunnelung des Mont Blanc auf, zur Schaffung einer abgekürzten Weststraße Paris-Genua oder England-Indien. Das französische Mi-

nisterium der öffentlichen Arbeiten hat diesen Plan bereits sachmännlich untersucht lassen. Doch bis zu seiner Verwirklichung werden noch viele, viele Züge unterm Lößschberg durchfahren und das Interesse und die Bewunderung der Reisenden wahrrufen.

Die neue Prüfungsordnung für die preussischen Juristen.

In einem Aufsatz der „Frankf. Ztg.“ unterzieht ein Sachmann die neue Prüfungsordnung für Juristen in interessanten Punkte einer Betrachtung, aus der wir hier das Wesentlichste wiedergeben möchten.
Die Verfügung des preussischen Kultusministeriums vom 17. Juni d. J. hat für Studierende und Referendare eine einschneidende und mehr oder weniger gestörte Neuerung gebracht. Mer vom 1. Oktober 1913 ab zu dem Abseffensorgenen zugelassen wird, hat nach der Anfertigung einer rechtswissenschaftlichen und einer praktischen Arbeit vor der Zulassung zur mündlichen Prüfung „zwei Rechtsfälle nach Alken unter Aufsicht“ zu bearbeiten. Ein wesentlicher Teil des Examins wird also in Zukunft der geruchsmässigen häuslichen Tätigkeit entruht und unter die Kontrolle einer (jeweils fünfständigen) Klausur genommen werden. Zugleich wird der junge Jurist bedürftig genungen, unabhängig von den gewöhnlichen Schülern, Konventionen und Entscheidungen, selbständig, nur durch den Gelehrtesten — eventuell auch einen Handkommentar — unterstützt, die Rechtsfälle zu bearbeiten. Dazu kommt der Zwang zu einer spontanen Er-läuterung des Wesentlichen und zu einer raschen Gruppierung und Formulierung der Gedanken.

Die zu Hause gefertigte „praktische Arbeit auf Grund der Prozessakten“ wird sich in Zukunft auf ein Gutachten und den Urteilsentwurf beschränken. Die gar zu antiquierte „Relation“, der Bericht, ist weggefallen. Kein „Schabel“ Neu ist auch die Vorschrift, daß das Examen als „nicht bestanden“ gilt, ohne daß es einer mündlichen Prüfung bedarf, wenn alle vier schriftlichen Arbeiten ungenügend sind.
Das Bestreben, die speziell juristische Wissenschaft auf eine zeitgemäße Art in Einklang mit der Natur der Sache zu bringen, ist in der neuen Ordnung seinen Ausdruck gefunden, der über das bisherige Maß der Anforderungen hinausging. Es wird darum die Aufgabe der Prüfungskommissionen sein, neben den öffentlich-rechtlichen und volkswirtschaftlichen Gebieten, die schon seit einigen Jahren zum Gegenstand der Prüfung gemacht werden, zum mindesten auch die Kenntnis der elementarsten Grundzüge der modernen Geschichte als ein notwendiges Requisite der juristischen Vorbildung zu betrachten. An der Art der Vorbereitung vor allem an der Dauer der Beschäftigung in den einzelnen Zweigen der Juris hat sich nichts geändert. Eine Verlängerung der Arbeit an den Amtsgeschäften vielleicht auf Kosten der bei den Angehörigen zuzubringenden Zeit entspräche wohl dem Wunsch vieler Referendare, die infolge des notwendigen Wechsels innerhalb der einzelnen Abteilungen der (archaischen) Amtsgerichte, zu selten Gelegenheit finden, eine Sache in ihrem gansen Verlauf beobachten zu können. Noch weit

Feuilleton.

Gustav Freytags Briefe an Alfred v. Stosch.

Ein Buch, das Aufsehen erregt hat.

ist loben bei der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart erschienen. Es sind die Briefe Gustav Freytags an Alfred v. Stosch, den verdienten General und Admiral, mit dem ihn eine jahrelange Freundschaft verband. Der bekannte Historiker Dr. Hans v. Sello hat die Herausgabe geschickt und dankvoll besorgt, so daß dieser Briefwechsel des genialen Dichters und Publizisten in jeder Zeile interessant ist. Was vom Jahre 1864 bis 1895, d. h. in der Zeit zwischen dem ersten und letzten Briefe, politisch oder literarisch die Öffentlichkeit besonders bewegte, das findet fast ausnahmslos seinen Reflex in diesen Briefen. Vieles, was sich hinter den Kulissen der Weltgeschichte abspielte, wurde Freytag bei seinen Beziehungen zum Koburger Hofe und zu bedeutenden Zeitgenossen bekannt; an den Freund gab er es in seinen Briefen weiter, und so ist die Ausgabe dieser Briefe auch reich an Uebersetzungen für die Öffentlichkeit. Wie viel siehlich interessant das Buch ist, dafür mögen als Beispiel gelten die ziemlich ausführlich herausgegebenen vier Briefe, die wir etwas gekürzt nachfolgend abdrucken, und die im Buche unmittelbar aufeinander folgen:

Wiesbaden, 27. Juni 1890.

... Was Sie über die „Ehre“ schreiben, ist ganz nahe an meiner Meinung. Nur daß einer vom Handweg härtere Empfindung für das merkwürdige Gelingen in Führung der Charaktere und Zurückführung der Szenen hat. Darin übertrifft dieser Anglistismus alle seine gleichartigen Kollegen bei weitem. Unklar über die Energie seiner Gestaltungs-kraft machen gerade seine beiden Vorbildfiguren, Held und Heldin: sie sind nicht auf dem Boden von Alfred v. Stosch erwachsen, und die Enttäuschung des Mannes über die Nichtsüßigkeit seiner Familie, ebenso wie die ideale Treue, welche die Heldin einer Jugendbekanntschaft bewahrt, sind nicht genügend erklärt und erscheinen deshalb unklar, wenigstens als sehr willkürliche Annahmen. Es müßte verständig und glaubhaft gemacht werden, wie die reine und tiefe Neigung der beiden zueinander sie vor dem Ver-

sinken in die ungelunden Zustände ihrer Familien be-wahrt usw.

Bovens Schilderung Friedrichs III. Wilsheims III. ist so genau und nicht so sehr den Eindruck der Wahrheit. Aber gegen das Vergabungsbedürfnis unserer Historiker wird sie doch nicht sofort auskommen. Ich fürchte, es wird eine andere Zeit kommen, wo der Geschichtsschreiber der Zukunft der Royalismus gar sehr fehlen wird. Was jetzt noch großen Erfolg im Uebermaß vorhanden ist, wird nach einer Periode der Vermittlung und Ausgleichung verachtet werden. Zuletzt ist fast alles ins Gleichgewicht.

Ich habe mich in diesen Tagen mit einem treuen Mann, Wilhelm Scherer, der zu früh verstorben ist und dessen Biographie mir zugehört wurde, beschäftigt. Dieser Dichter-Schreiber, der ein Preuze wurde, gehörte zu den merkwürdigsten Gelehrten der jüngeren Generation; er wurde uns in der Volkstraft seines Schaffens entrisen, und das ist darum so traurig, weil er gerade erst zu gereiften Reife-taten kam, als er uns verloren ging. Erich Schmidt, sein Nachfolger als Professor der deutschen Literatur in Berlin, ist sehr ehrenrührend; aber er vermaht ihn nicht zu erziehen.

Von Herzen wünsche ich, daß Gustav v. Stosch uns erhalten bliebe, aber ich fürchte, auch um ihn ziehen sich Kaiser-wolken zusammen ...

Sieheben, 26. August 1890.

... So narnt uns das Schicksal, und doch bleibt uns nichts weiter übrig, als nach Pflicht und Meinung für unser Wollen uns einzusetzen, wie die Ameisen, die große Fügung irdischer Dinge der Fabel, der unsere Gänge schonungslos zertrüht. Es ist tapfer von Miquel, daß auch er diese Beharrlichkeit aufwenden kann, er wird sie brauchen. Denn jede Reform in Abgabenlagen ist für den Reformator eine verhängnisvolle Sache, die Geschädigten halten und agitieren, die Gewinnenden bleiben untätig. — Wenn Ihnen gelinkt, die zwei-jährige Dienstzeit durchzuleben, so wird Ihre Tätigkeit die populärste von allen großen Arbeiten Ihres Lebens sein. Jeder wird das Publikum Ihr Verdienst habe wieder nicht erfahren.

Ich habe hier mit meinem Knaben im Frieden des Dorfes, dem leider eine gute Ernte verweigert. Es fehlt nicht an Bewegung. Einen Tag war ich in Reinhardtstrun, hat den Herzog, über den letzten Versuch bei Bismard zu verhandeln, referierte nach seinen Worten. Ursache des Konfliktes

keine Einzelheit, sondern der Kampf um die Herrschaft. Als ich ungeladen nach Berlin kam, lagte der Kaiser folgende: „Du kommst wegen Bismard.“ Es ist mir ganz recht, gehe hin, verhalte, was du vermagst, denn so, wie es ist, kann es nicht bleiben.“ Darauf begann er die Klage: er (Bismard) sich Monate in Paris, ich schreibe und telegraphiere, er soll in der und in der wichtigen Angelegenheit zu einer Besprechung herkommen, er kommt nicht, so zuletzt antwortet er gar nicht — (?) Das muß anders werden. Also Herzog zu Bismard. Dieser kommt ihm mit Umarmung entgegen und sagt laut an zu schlafen. Der Herzog bietet seine Vermittlung an und referiert ihm die Klagen des Kaisers. Bismard antwortet: „Unter seinem Großvater und auch Vater habe ich es eben so gehalten; ich brauche in großen Fragen meine Zeit, um mit mir fertig zu werden und die Dinge vorzubereiten; dieses Hören von vier, sechs Wochen hat der alte Kaiser immer respektiert.“ Darauf Bismard: „Ja, er selbst will alles leiten, es ist Zeit, daß ich gehe. Man intrigiert gegen mich.“ Und jetzt kam wie aus der Cham-pagnerflasche die Geschichte mit Bötticher und dem Schwarzen Adlerorden, die er als die schmerzvollste persön-liche Kränkung empfand, so daß der Herzog ganz erstarrt war und sagte: „Um eine Unmöglichkeit wie eine Ordens-entziehung können Durchschlag Schmerz empfinden; dergleichen ist gar nichts, was es sich um zu Erlasse handelt.“ und er sprach, wie er beredete, mit viel gelinder Unbefangenheit über diese Begehung. Aber das wollte nicht helfen. Bismard fuhr fort, über die Beilegung zu klagen, und sagte wieder weislich: „Ich muß gehen, ich kann nicht bleiben.“ Es war also vergebens. Der Herzog beurteilt Jung-Wilhelm etwa ebenso, wie Andre, die wir kennen, über ihn denken. Doch um einige Worte vertrauensvoller: „Seine Klagen sind viel nichtiger, als man glaubt.“ Der Kaiser sagt: „Man hat mich schlecht erzogen; ich habe keinen Grund noch kennen gelernt, jeß; will ich das nachholen, ich werde nicht immer un-erfahren.“ Und er macht den fremden Herren gute Ein-drücke, man glaubt an seine Bonnenheit und Friedfertigkeit. Zum Kaiser von Österreich hat er eine besonders herz-liche Zuneigung, die auch einigemmaßen erwidert wird. — „Zu mir“, sagt der Herzog, „hat er gutes Vertrauen; ich kann es nur erhalten, denn ich mich nicht aufdränge, sondern ihn kommen lasse.“ Was das ist für ein Wort, das er ge-sprochen, Gott gebe, daß er die Entschaltung habe, danach zu handeln ...

mit ergänzender Besteuerung der ganz hohen Einkommen, sondern ein partiellisches Nebeneinander von Einkommen- und Vermögenssteuer. Die Kommission unterwarf Einkommen von 5000 Mark an der Steuerpflicht (während von denjenigen, die die Regierungserfolge in dieser Richtung kritisieren, eine Grenze von 20.000, 12.000, 10.000 Mark genannt worden war). Diese Herabsetzung der Einkommen zwischen 5000—10.000 Mark erfolgt begrifflichweise bei den hier mit tangierten Privatangehörigen lebhaften Widerspruch. So entziehen wir einem von Dr. Steiniger in der „Deutschen Volksrechtler-Zeitung“ veröffentlichten Aufsatz über den Wehrbeitrag folgende beachtenswerte Ausführungen:

„Man muß sich fragen, ob denn vom Standpunkte Steuerlicher Gerechtigkeit die Einbeziehung der Einkommen von 5000 bis 10.000 Mark zu billigen ist. Das aber kann, wie gesagt, rundweg verneint werden. Unter den Einkommen von 5000—10.000 sind zunächst sehr viele, die eine außerordentliche, Feuerliche Belastung nicht ertragen. Vor allem sind das jene Privatrentisten, die nach langem langem Aufstiege in verhältnismäßig vorerkranktem Lebensalter erreicht und von diesen erschöpflichen Klüften gemacht werden müssen, weil in eben diesem vorerkrankten Lebensalter die Existenzsicherheit sich bedenklich zu verringern beginnt. In diesen Einkommen, die äußerst hoch sein können, steht trotzdem kein Ueberfluß; das Wehr über den notwendigen Verbrauch gibt nur die Möglichkeit (die meist durch lange Jahre höchster Bezahlung gefestigt hat), die Zukunft der Familie gegen die sich immermehr steigende Gefahr eines wirtschaftlichen Niederganges oder gar einer wirtschaftlichen Katastrophe wenigstens einigermaßen abzusichern. Wer nach langen Kämpfen endlich über das Existenzminimum hinausgekommen ist, soll hohe Versicherungsprämien zahlen; für die Besteuerung gibt es leistungsfähigere Subjekte.“

Zu den neuen Steuerentwürfen

Sind im Reichstag nicht weniger als 111 Petitionen eingegangen. Der Verein Berliner Kaufleute und Industriellen fordert als Mindestmaß dessen, was dem Gebote der Billigkeit entspreche, daß für Aktien ohne Börsennotiz eine Steuerprozentage, für G. m. b. H. -Anteile eine achtprozentige Rentabilität bei der Verfestigung für den Wehrbeitrag zugrunde gelegt werde.

Die „Kreuzzeitung“ sagt in einem Artikel „Vor erster Entscheidung“. Für das jetzt in Aussicht genommene Kompromiß kann die konservative Partei die Verantwortung nicht übernehmen. Diese ruht im wesentlichen auf den verbündeten Regierungen, den Parteien der Linken und dem Zentrum.

Kein Besuch des Kaisers in Gmunden.

Der Kaiser wird in der nächsten Zeit dem Herzog von Cumberland in Gmunden noch keinen Besuch absetzen. Die offizielle „Nordd. Allgem. Zig.“ meldet das in der folgenden, etwas eigenartigen Form:

„Gegenüber den mehrfach in der Presse auftauchenden Meldungen über einen bevorstehenden Besuch des Kaisers und Königs in Gmunden sind wir ermächtigt, mitzuteilen, daß in den nächsten Monaten, für die der Kaiser bereits seine Dispositionen getroffen hat, ein solcher Besuch nicht beabsichtigt ist.“

Die „nicht empfangene“ Wessendeputation. Die Nachricht, daß Prinz Ernst August es abgelehnt habe, eine Wessendeputation als Hauptvertrug zu empfangen, die während seines Aufstieges in München aufzutreten ihm über seinen Brief an den Reichskanzler erhitzen mochte, wird von maßgebender Seite in Gmunden als gänzlich unzutreffend bezeichnet.

Der neue amerikanische Botschafter in Berlin.

An Stelle des zurückgetretenen Dr. Lehmann wurde der New Yorker Oberbürger James W. Gerard zum Botschafter in Berlin ernannt. Er teilte mit dem „Imperator“ nach Europa ab.

Gerard ist in Genesee, einem Städtchen im Staate New York, im Jahre 1867 geboren. Seit dem Jahre 1908 bekleidet er sein jetziges Amt. Politisch zählt er zur gemäßigten Richtung der Demokraten, für die er als Vorstand des demokratischen Wahlausschusses im Staate New York vier Jahre tätig war. Das hohe Richteramt, das Gerard inne hat, hinderte ihn nicht, als Sportsmann auf den verschiedensten Gebieten sich zu betätigen. So gehört er dem Jagdklub und dem Athletenklub Newports an. In der Militärischen bekleidete er den Rang eines Majors.

An Stelle des zurückgetretenen Dr. Reishman wurde der New Yorker Oberbürger William G. B. B. zum amerikanischen Botschafter in Berlin bestimmt. Er reiste vorerzähnt mit dem „Imperator“ nach Europa ab. Gerbard ist 46 Jahre alt und genießt den Ruf eines ebenbürtigen wie gemäßigten Mannes, der sich bei allen politischen Kämpfen durch Zurückhaltung auszeichnet. Das hohe Richteramt, das er bis jetzt inne hatte, hinderte ihn nicht, als Sportsmann sich auf den verschiedensten Gebieten zu betätigen.

Die sozialdemokratische Fraktion wählte an Stelle des verstorbenen Abgeordneten Kaden den Hg. Lebedour in den Vorstand.

Die auf einer Deutschlandreise begriffenen Mitglieder der American Society of mechanical Engineers, etwa 200 Herren und 100 Damen, trafen Donnerstag, von Dresden kommend, in Berlin ein und wurden am Abend in den Festräumen des Weinhauses Rheingold von dem Berliner Bezirksverein des Vereins deutscher Ingenieure festlich begrüßt. Der Freitag ist der Beschäftigung der bedeutendsten Berliner Betriebe gewidmet.

Heer und Flotte.

Der neuernannte kommandierende General des 8. Armeekorps, Generalleutnant Küff v. Tische und Weidenbach, beschloß bisher die 12. Division in Heide. Am 12. Februar 1874 wurde er Leutnant, 1884 Oberleutnant, kam in den Generalstab und hat diesem in den verschiedensten Dienstgraden angehört, unter anderem auch als Chef des Stabes des 16. Armeekorps unter Graf Saeferle. Als Oberst kommandierte er das Infanterieregiment Helfen-Bomburg Nr. 166 in Hanau, erhielt als Generalmajor die 10. Infanteriebrigade in Frankfurt a. D. und wurde als Generalleutnant Kommandeur der 12. Division. Beim Regierungsjubiläum des Kaisers erhielt er den erbliehen Adel. Er gilt als überaus fähiger und zugleich wohlwollender Offizier.

Kleine vermischte Nachrichten.

Wehrbeitrag und Aktienbesteuerung. Gegen den Beschluß der Budgetkommission des Reichstages, beim Wehrbeitrag Aktien ohne Börsennotiz, Kuxe und Anteile von Gesellschaften mit beschränkter Haftung auf das 100fache des Durchschnitts der während der letzten drei Geschäftsjahre verteilten Gewinne zu bewerten, protestiert der Verein Berliner Kaufleute und Industriellen in einer Eingabe an den Reichstag. Der Verein fordert als Mindestmaß dessen, was dem Gebote der Billigkeit entspreche, daß für Aktien ohne Börsennotiz eine 7prozentige, für G. m. b. H. -Anteile eine 8prozentige Rentabilität bei der Verfestigung für den Wehrbeitrag zugrunde gelegt werde.

Hof- und Personalmeldungen.

Der Kronprinz Mandbergart der Familie Bismarck in Paris? Der „Köln. Zig.“ wird aus Danzig gemeldet: Es ist nicht ausgeschlossen, daß bei den diesjährigen Herbstmanövern des 17. Armeekorps der deutsche Kronprinz als Kommandeur seines Leibbataillons Quartier beziehen bei der Grafen von Bismarck auf Danzig. Das Hofmarschallamt Danzig und auch das Bureau des 1. Leibbataillonsregiments haben auf Anfrage allerdings mitgeteilt, daß Endgültiges darüber noch nicht feststeht.

Fürst Bilow ist zu einem etwa achtstägigen Besuche in der sächsischen Hauptstadt eingetroffen. Der dortige preussische Gesandte ist sein jüngerer Bruder.

Ausland.

Barthous Rede für die 3 Jahre.

In Paris erklärte in der Kammer Ministerpräsident Barthou: Die Regierung müsse darauf achten, was der Gegner tue. Infolge der Pläne des Nachbarvolkes habe sie die Verlängerung der Dienstzeit ins Auge gefaßt. Der Minister widersprach noch einmal der Fabel, daß Ausland gelegentlich der Reise Poincarés die Wiedereinführung der dreijährigen Dienstzeit gefordert habe. Die beiden verbündeten und befreundeten Nationen hätten natürlich militärische Unterhaltungen gepflogen. Man kenne die Absichten Russlands und könne auf seine Mitwirkung zählen. (Leb. Beifall.) Der Minister zitierte das „Berliner Tageblatt“, nach dem keine französische Regierung, kein französisches Parlament die dreijährige Dienstzeit vorgeschlagen haben würde, wenn in Deutschland nicht so gewaltige Entwürfe vorgelegt worden wären. Unter mehrfachen Unterbrechungen von der äußersten Linken führte der Minister die Ziffern der deutschen Gesetzentwürfe aus den letzten zwei Jahren an, die den Verstärkungen der vorhergehenden 37 Jahre gleich seien. Wenn die deutsche Armee 870.000, die Franzosen in ihrem gegenwärtigen Stande höchstens 480.000 Mann zählten, so sei zwischen den beiden Armeen, die gleicherweise die Sicherheit ihres Vaterlandes zu schützen hätten, ein Abstand von 400.000 Mann. Es handle sich darum, diese Lücke zu schließen. Nur die dreijährige Dienstzeit könne die nötige Zahl sichern. Frankreich müsse dem Streben Deutschlands folgen, möglichst wenig Reservisten in die Truppenteile der ersten Linie einzustellen, und in Friedenszeiten deren Kriegstärke möglichst nahe zu kommen. Die großen Massen wären sehr nützlich und notwendig, aber sie kämen leicht zu spät auf das Schlachtfeld. (Unterbrechungen durch starken Beifall der Mehrheit und Widerspruch der Sozialisten.) Der Minister las eine Erklärung des deutschen Kriegsministers vor, daß es nötig sei, Frankreich schnell einen entscheidenden Schlag beizubringen, um sich dann gegen Rußland wenden zu können. Die Regierung werde immer wieder die Vertrauensfrage stellen. Der Heroismus von 1870 habe die grausame Amputation nicht verhindern können, unter der das Land noch heute leide. Der Friede Europas beruhe auf dem Gleichgewicht der beiden Mächtegruppen. Gleichgewicht könne nur durch beiderseitige Kräfteaufstellung gehalten werden. Der Reichstagler habe sich ganz ähnlich erklärt. Frankreich habe seine Friedfertigkeit bewiesen, aber auch gezeigt, daß es bereit sei, seine Pflicht mit Würde zu erfüllen und

keine Demütigung zu ertragen. (Stürmischer Beifall.) Das Volk müsse wissen, daß es sich auf die Macht stütze. (Lebhafte Ovationen.)

Keine Gnade für den Deutschen Grobe.

In London im englischen Unterhaus fragte der Abgeordnete King (Radikal), ob beachtlich sei, Heinrich Grobe, der wegen Spionage verurteilt worden ist, freizulassen. Mac Kenna erwiderte, die britische Regierung würde wohl die von der deutschen Regierung im Falle der drei britischen Offiziere gezeigte Milde und, wenn jetzt ein deutscher Offizier hier wegen Spionage verurteilt werde, würde es der britischen Regierung viel Vergnügen bereiten, in der gleichen Weise vorzugehen wie die deutsche Regierung. Grobe sei aber kein Offizier der deutschen Armee; sein Strafregister schließt die Verurteilung zu Zuchthaus in Singapur ein, weil er falsche Notizen in Umlauf gesetzt habe. So könne dieser Fall nicht mit dem Fall der britischen Offiziere zu vergleichen sein. (Beifall.) King fragte, ob daraus zu schließen sei, daß es ein Geheiß für Serzen mit großem Einfluß und ein anderer Geheiß für gewöhnliche Arbeiter gebe. (Rufe: Ja! Ja!) Mac Kenna erwiderte, er verhalte nicht die Wichtigkeit dieser Frage. (Beifall.)

Norwegen beschränkt die Rechte des Königs.

Wie der „Köln. Zig.“ aus Christiania gemeldet wird, hat das norwegische Storting mit 92 gegen 23 Stimmen das Recht des Königs den Stortingbeschlüssen gegenüber abgelehnt.

Provinzial-Nachrichten.

Tennstedt, 26. Juni. (Selbstmord.) Am Tage nach dem Brand auf den Gehöften der Banndörfer Otto Hufeland und Herrn Krotow wurde die Frau des Hermann Krotow verhaftet. Nach dem Verhör ging sie in ihre Wohnung, schrieb an die Offiziere, daß sie unbeschädigt verhaftet wurde, und erbat die Freilassung.

Jerich, 26. Juni. (Vor 50 Jahren) nahmen die Erdarbeiten der Jerich-Rothener Eisenbahn auf der Strecke von Jerich nach Jüterbog im Juni ihren Anfang. Unsere Stadt wurde durch den Bau dieser Strecke, die am 1. November 1863 eröffnet wurde, mit Dessau und Leipzig verbunden. Die erste Bahn, durch die das Herzogtum Anhalt an das Eisenbahnnetz angeschlossen wurde, war die Strecke Magdeburg-Cöthen-Halle.

3. Mansfeld, 26. Juni. (Die diesjährige Kreislehrerkonferenz des Mansfelder Gebirgs-Kreises) fand heute im Preussischen Hofe hierseits unter Vorsitz des Herrn Kreisfiskusinspektors Huth statt. Nach Bekanntgabe einiger Ministerial- und Regierungsverfügungen hielt zunächst Herr Weidenbach einen Vortrag über den Vortragsdienststellen, Weiterarbeit, telegraphischen Weiterdienst, Barometerstand, Erdumbröschung, Winde, Wetter, Tiefs, Stöße, Wasser- und Eiswolkeln, Drahtforschungen, Ballone usw. Sodann hat Herr Lehrer Tempel aus Hildesorf einen Vortrag über das von der königlichen Regierung zu Werberg gestellte Thema: „Der Geschichtsunterricht in der Volksschule unter Bezugnahme auf die ministeriellen Verfügungen vom 31. Januar 1906.“

Sonneberg, 26. Juni. (Strafverschärfungen.) Zur Lohnbewegung in den hiesigen Erportbetrieben gibt der Magistrat warndem bekannt, daß die Sicherheitsorgane bei tätlichen Angriffen berechtigt sind, von ihren Schutzmannschaften Gebrauch zu machen. Veranlassung dazu geben die Verfälle in den letzten Tagen, bei denen Schutzleute und Feldjäger tätlich angegriffen wurden. Am Dienstagabend ist es in der Nähe des Güterbahnhofs wiederum zu Ausschreitungen gekommen. Ein Arbeitertrupp wollte das Lastautomobil, das für eine Firma Kisten abrollt, nicht passieren lassen und verpörrte den Strafeneingangs, wobei es zu Tätlichkeiten kam, die Feldjäger mußten sogar von der Schutzmannschaft Gebrauch machen. Am nächsten Morgen gebürdeten sich wieder die Frauen, von denen eine niedergeboren wurde, so daß sie vom Platz getragen werden mußte.

Verantwortlich für den polit. Teil i. V.: Eugen Brinmann; für den ärztlichen Teil, für Provinzialnachrichten, Gerüst, Handel: Eugen Brinmann; Feuilleton, Vermischtes usw.: Martin Feuchtwanger; für Ausland und letzte Nachrichten: Dr. Karl Baer; f. d. Anzeigenenteil: i. V. Paul Flubacher; Druck und Verlag von Otto Hendel. Sämtlich in Halle.

— Diese Nummer umfaßt 12 Seiten. —

In höherer Gunst!



Revue Cigaretten

mit seidenden Sammelwappenbildern

Der grosse

Inventar-Ausverkauf

eine durch auffallende Preisermässigungen
; weit und breit bekannte Sensation ;:

beginnt Dienstag
den 1. Juli.

Geschäftshaus

J. Reibain

Halle a. S., Marktplatz 2 und 3.

